

März, Eduard

**Article**

## Besonderheiten in der Entwicklung des österreichischen Bankwesens

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Duncker & Humblot, Berlin

*Suggested Citation:* März, Eduard (1957) : Besonderheiten in der Entwicklung des österreichischen Bankwesens, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 77, Iss. 2, pp. 61-78, <https://doi.org/10.3790/schm.77.2.61>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290873>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Besonderheiten in der Entwicklung des österreichischen Bankwesens

Von

E d u a r d M ä r z - W i e n

Das Jahr 1848 war ein entscheidender Einschnitt in der Entwicklung von Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft. Obwohl das Österreich des Vormärz in der Genesis der kapitalistischen Produktionsweise eine nicht unbeachtliche Rolle gespielt hatte, blieb es bis zu den Märztagen des Jahres 1848 ein Feudalstaat, in dem die kapitalistische Warenproduktion noch eine untergeordnete Rolle spielte. Erst das neo-absolutistische Regime, das aus den Wirren des Revolutionsjahres hervorging, schuf eine für die Entfaltung des österreichischen Kapitalismus geeignete rechtliche und institutionelle Basis. Zu den wichtigsten Maßnahmen des neuen Regimes gehörten die Grundentlastung, die Aufhebung der Zollmauern zwischen Österreich und Ungarn, der Erlaß eines Eisenbahnkonzessionsgesetzes, die Beseitigung des prohibitiven Zollsystems und die bemerkenswert fortschrittliche Gewerbeordnung aus dem Jahre 1859<sup>1</sup>.

Die Wirtschaft Österreichs um die Mitte des 19. Jahrhunderts war charakterisiert durch die selbst von der Revolution des Jahres 1848 kaum berührte Vorherrschaft des Großgrundbesitzes, der an den feudalen Traditionen zähe festhielt, durch die im wesentlichen noch unerschütterte Stellung des städtischen Handwerks, durch den lokalen Charakter des Handels, durch den rudimentären Entwicklungsstand der Städte und durch den torsoartigen Zustand des Eisenbahnwesens. Die Fabrikorganisation hatte hauptsächlich in der Textilindustrie Eingang gefunden, und selbst hier fast ausschließlich auf dem Gebiete der Baumwollverspinnung und der Warenveredlung. Die Metallbearbeitung und Maschinenerzeugung waren in Werkstätten konzentriert,

<sup>1</sup> Eine Analyse der Wirtschaftspolitik des neo-absolutistischen Regimes (der sogenannten Bachschen Ära) fehlt noch immer. Hinweise, wenn auch unsystematischer Natur, finden sich in einer Reihe von Werken, so z. B. in: Heinrich F r i e d j u n g , Österreich von 1848 bis 1860, 2 Bde., Stuttgart 1908/1912. Karel K r a m a ř , Das Papiergeld in Österreich seit 1848, Leipzig 1886. Adolf B e e r , Die österreichische Handelspolitik im 19. Jahrhundert, Wien 1891. Heinrich W a e n t i g , Gewerbliche Mittelstandspolitik, Leipzig 1898. Walter R o g g e , Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart, 3 Bde., Leipzig und Wien 1872. Johann Z a p f , Die Wirtschaftsgeschichte Wiens 1848—1888, Wien 1888.

die oft nur wenige Arbeiter beschäftigten. Im Bergbau und in der Eisenverhüttung gab es einige Betriebe größeren Umfanges, aber auch hier war der Grad der Arbeitsteilung noch gering. Charakteristisch für die niedrige Stufe der Industrialisierung war die geringfügige Produktion von Eisen und Kohle. Im Jahre 1848 dürfte die Erzeugung von Roheisen ungefähr 150 000 Tonnen und die von mineralischen Brennstoffen (Stein- und Braunkohle) 885 000 Tonnen betragen haben. Die Bevölkerung der Donaumonarchie um 1850 wird auf 34 Millionen Menschen geschätzt<sup>2</sup>.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des neo-absolutistischen Regimes waren der Ausgangspunkt einer kräftigen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung. Fabrikorganisation und Dampfkraft, deren Verbreitung im Vormärz auf den Widerstand einer im Grunde noch anti-kapitalistisch orientierten Wirtschaftsordnung gestoßen war, drangen nun verhältnismäßig rasch in die verschiedensten Produktionszweige ein. Aber zwei gewichtige Hindernisse standen der Überwindung der technischen Rückständigkeit und der Herausbildung eines nationalen Marktes im Wege: der kümmerliche Zustand der Eisenbahnen und das Fehlen eines modernen Kreditapparates. Es ist klar, daß der Ausbau der neuzeitlichen Verkehrswege nicht ohne die vorhergehende Mobilisierung gewaltiger Kapitalmittel möglich war, und diese setzte die Organisation eines modernen Bankwesens voraus<sup>3</sup>.

Die dominierende Figur im Bankwesen des vormärzlichen Österreich war der Privatbankier. Zu den größten dieses Standes gehörten die Rothschild, Sina, Ceymüller, Stametz-Meyer und die Arnstein-Eskeles. Ihre Riesenvermögen rührten hauptsächlich von dem Geschäft mit staatlichen Anleihen und dem Darlehensgeschäft mit den hochadeligen Familien des Landes her. Dem kurzfristigen Kreditgeschäft scheinen sie hingegen nur einen verhältnismäßig geringen

<sup>2</sup> Präzise statistische Angaben über die wirtschaftlichen Leistungen des österreichischen „Ancien Régime“ fehlen so gut wie völlig. In den nachstehend angeführten Werken und Quellen finden sich jedoch einige verlässliche Schätzungen: Johann S l o k a r, Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I., Wien 1914. Austria, Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Herausgeber Gustav H ö f k e n, siehe insbesondere 10. Jahrgang (1858), S. 209 ff. R o s s i w a l l, „Die Entwicklung des Mineralkohlenbergbaues in Österreich“, Statistische Monatsschrift, 3. Jahrg., Wien 1877, S. 11 ff.

<sup>3</sup> Die plötzliche Sprengung der feudalen Beschränkungen der Wirtschaft rief einen ungeahnt hohen Bedarf an neuen Kreditmitteln hervor: „Ganz ähnlich wie bei der Landwirtschaft das Kapital notwendig ward durch die Befreiung der Arbeitskraft von der Robot, ward hier das Kapital notwendig durch die Befreiung von Prohibition, Zollschranken und anderen Fesseln, und durch die Annäherung an Deutschland und seine Märkte. . . So kam es denn in ganz einfacher Weise, daß bei den Unternehmungen aller Art sich eine Nachfrage nach Geld herausbildete, die für Österreich etwas ganz Außerordentliches, etwas Unerhörtes war.“ Diese interessante Charakterisierung der österreichischen Geldnot in den 50er Jahren findet sich in einer anonymen Studie „Die neue Gestaltung der Geld- und Creditverhältnisse in Österreich“ (Wien 1855), die Lorenz v. S t e i n zugeschrieben wird.



Teil ihrer Geldmittel zugeführt zu haben. Den Privatbankiers stand die Nationalbank mit billigen Re-eskont-Krediten zur Seite, während die österreichische Geschäftswelt keinen unmittelbaren Zutritt zum zentralen Kreditinstitut des Landes besaß, da die Gewährung kurzfristiger Warenkredite an äußerst schwer erfüllbare Bedingungen geknüpft war. Die Beziehungen zwischen den privaten Bankiers und der Industrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts charakterisierte Fritz G. Steiner in der folgenden Weise:

Zur Produktion, soweit sie nicht Teil der Staatswirtschaft ist, zur privaten Industrie, hat der Bankier dieser Zeit noch keine Verbindung gefunden. Die Darlehen der guten alten Zeit an Private sind Konsumtivarlehen. Der verschwenderische Kavalier, der bummelnde Student, der hoffnungsvolle Erbe sind des Bankiers beliebte Kunden. Wer eine Produktion zu unternehmen plant, muß sie mit eigenem Kapital oder mit Gefälligkeitsdarlehen seiner Freunde ausführen. . . Neue Wege bleiben der Produktion verschlossen. Zwischen den Reservoiren, in denen sich die Kapitalkraft der Volkswirtschaft sammelt und der werktätigen Arbeit besteht noch keine Verbindung<sup>4</sup>.

Die finanziellen Bedürfnisse des nachrevolutionären Österreich, welche die Wirtschaftspolitik des neo-absolutistischen Regimes mächtig angeregt hatte, stießen so auf die Schranke eines unentwickelten und mit feudalen Sonderrechten ausgestatteten Bankwesens. Das staatliche Interesse an dem raschen Ausbau der Eisenbahnen und das dringende kommerzielle Bedürfnis nach kurzfristigen Krediten müssen als die für die Reorganisation des Geld- und Kreditapparates entscheidenden Impulse angesehen werden<sup>5</sup>.

Im 6. Jahrzehnt wurden drei bedeutende Kreditinstitute in Österreich ins Leben gerufen. Zwei von diesen, die Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft (Wien) und die Banca Commerciale Triestina (Triest) waren hauptsächlich für das kurzfristige Kreditgeschäft bestimmt; das dritte Institut, die berühmte K. K. priv. Creditanstalt für Handel und Gewerbe sollte hingegen nach der Art des Pariser Crédit Mobilier das Kreditbedürfnis im allerweitesten Umfange befriedigen. Das Eisenbahngeschäft, das industrielle Gründungsgeschäft, das kurzfristige Kreditgeschäft in seinen wichtigsten Erscheinungsformen und die Erleichterung des allgemeinen Zahlungsverkehrs bildeten von Anfang an das Tätigkeitsgebiet dieser ersten österreichischen „Universalbank“. Mit 60 Millionen Gulden Grundkapital ausgestattet — einer für die damaligen Verhältnisse märchenhaft großen Geldsumme — er-

<sup>4</sup> Fritz Georg Steiner, „Saint-Simonistische Ursprünge des modernen Bankwesens“. Bank-Archiv, 30. Jahrgang, Nr. 15, 1. Mai 1931, S. 3.

<sup>5</sup> Fritz G. Steiner weist auf zwei weitere bedeutende Impulse hin: „Auf der einen Seite das nach neuen Gewinnen strebende private Bankkapital unter der Führung des Hauses Rothschild; auf der anderen die Interessen des Staates, der von der neuen Bank nicht nur eine allgemeine Förderung der Volkswirtschaft, sondern auch eine Rettung aus seinen finanziellen Schwierigkeiten erhoffte.“ Fritz G. Steiner, Die Entwicklung des Mobilbankwesens in Österreich, Wien 1913, S. 66.

schien die Creditanstalt ihren Zeitgenossen als eine zweite Pallas Athene, die dem Kopfe eines modernen Zeus im vollen Waffenschmuck entstieg war. Der Begründer der Creditanstalt war Anselm von Rothschild, ein Enkel des großen Frankfurter Patriarchen, der sich im Frühjahr des Jahres 1855 zum dauernden Aufenthalt in Wien niedergelassen hatte<sup>6</sup>. Mit dem Kapital des Hauses Rothschild assoziierten sich die Kapitalien anderer, dem Range nach untergeordneter Bankfirmen, wie das Haus des Leopold Lämlel in Prag. Einen gewissen, wenn auch zahlenmäßig schwer abzuschätzenden Anteil an der Bankgründung hatten einige alte Adelsfamilien, die infolge der Grundentlastung in den Besitz beträchtlicher mobiler Mittel gekommen waren. Aber diese Beimischung feudalen Blutes wurde im leitenden Gremium der Anstalt in den folgenden Jahren immer geringfügiger. An die Stelle der hochadeligen Verwaltungsräte traten Handelsleute und Industrielle, die in einzelnen Fällen die Begründer finanzieller Dynastien wurden<sup>7</sup>.

Die Gründer der Creditanstalt hatten gehofft, daß ihr Institut den Anstoß zu einer wirtschaftlichen Entwicklung geben würde, in deren Verlauf es Österreich gelingen könnte, den gewaltigen industriellen Vorsprung des Westens zu verringern oder gar aufzuholen. In der Tat spielte die Creditanstalt beim Ausbau des österreichischen Eisenbahnnetzes, der im Jahre 1873 seinen vorläufigen Abschluß fand, die tonangebende Rolle. Aber die davon erhofften Auswirkungen — in der Form einer radikalen Umgestaltung der um die Mitte des Jahrhunderts herrschenden Produktionsweise — blieben im 6. und 7. Jahrzehnt aus. Es gab, wie bereits vermerkt wurde, unverkennbaren Fortschritt auf den verschiedensten Gebieten, aber das Entwicklungstempo war, gemessen am Gang der Ereignisse im Westen Europas, träge und unbefriedigend<sup>8</sup>.

In den sechziger Jahren wurden die Bankgründungen in Österreich häufiger. Neben den zahlreichen Sparkassen und Eskompte-Banken, die in den Provinzstädten ins Leben traten, wurden auch in einzelnen Fällen Universalbanken nach dem Muster der Creditanstalt gebildet. Eisenbahngeschäft, staatliche Anleihen und kurzfristige Warenkredite waren die wichtigsten Erwerbsquellen der neuen Großbanken. Erst in der Gründerzeit, wie man gewöhnlich die Periode 1867 bis 1873 bezeichnet, fingen sich die neuen Institute mit der Organisation und

---

<sup>6</sup> Vgl. Egon Caesar Conti Corti, *Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte, 1830—1871*, Leipzig 1928.

<sup>7</sup> Vgl. Fritz G. Steiner, *Die Entwicklung des Mobilbankwesens in Österreich*, Wien 1913, S. 69—70; ferner S. 149.

<sup>8</sup> Eine kurze Analyse der wichtigsten Ursachen des Zurückbleibens des „alten Österreichs“ auf dem Gebiete der Wirtschaft finden sich in dem Artikel des Verfassers: „Wirtschafts- und Finanzprobleme im alten Österreich“, *Wirtschaftspolitische Blätter*, Wien, Dez. 1954.



Finanzierung anonymer Gesellschaften für Zwecke der industriellen Erzeugung und der Durchführung von Bauprojekten an zu beschäftigen. Die industrielle Gründungstätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache auf die Sphären des Bergbaues und der Eisenverhüttung, also auf Produktionszweige, deren Wachstum vom raschen Ausbau der Eisenbahnen entscheidend beeinflußt wurde. Die ungewöhnlich tiefe Erschütterung des Jahres 1873 setzte dieser ersten Gründerphase ein vorzeitiges Ende. In der langjährigen Depression, die im Gefolge des großen Börsenkrachs eintrat, wurden die industriellen Machtpositionen der Großbanken fast zur Gänze liquidiert. Bis in die Mitte der achtziger Jahre rührte der Ertrag der Großbanken hauptsächlich vom staatlichen Anleihegeschäft und dem kurzfristigen Kreditgeschäft her<sup>9</sup>.

Die erste österreichische Gründerphase, die um den finanziellen Ruin unzähliger bürgerlicher und kleinbürgerlicher Existenzen erkaufte werden mußte, machte es der österreichischen Monarchie immerhin möglich, die schlimmsten Formen ihrer industriellen Rückständigkeit zu überwinden. Am Ende der kaum siebenjährigen Aufschwungsperiode besaß das österreichische Eisenbahnnetz eine Ausdehnung von rund 15 $\frac{1}{2}$  Tausend Kilometer; die kombinierte Erzeugung von Stein- und Braunkohle betrug rund 10 $\frac{1}{2}$  Millionen Tonnen und der Ausstoß von Roheisen rund 535 000 Tonnen<sup>10</sup>.

In den achtziger Jahren bereiteten sich große Wandlungen in der österreichischen Volkswirtschaft vor. Eine neue Großindustrie, die Elektroindustrie, hielt ihren Einzug. In anderen Großindustrien, wie z. B. in der Eisen-Metallurgie und in der Chemischen Industrie kam es zu bedeutenden technischen Neuerungen. Unter dem Einfluß der ausländischen Konkurrenz ging man ferner in einer Reihe von Industriezweigen, wie in der Zuckerindustrie, der Maschinenindustrie und der Textilindustrie, zur häufigeren Anwendung kapitalintensiver Methoden über. Aber diese Entwicklung, der weder ein leistungsfähiger Kapitalmarkt noch ein anlageberechtigtes Bankkapital zur Seite standen, verlief in überaus schleppender Weise. Während man auf der einen Seite von einer Geldplethora sprach, weil sich Sparkassen und Banken

<sup>9</sup> Die beste Analyse der Ursachen des „großen Krachs“ findet sich in dem Bericht eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses: „Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates in den Jahren 1875—1876“, VI. Band (Beilage 441—548); ferner in einem berühmten Aufsatz Prof. A. Schöffles „Der große Börsenkrach des Jahres 1873“, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 30. Jahrgang, Tübingen 1874. Bezüglich des Einflusses der langen, dem Börsekrach folgenden, Depression auf die Entwicklung des österreichischen Bankwesens vgl. Heinrich Rauchsberg, „Österreichs Bank- und Creditinstitute in den Jahren 1872—1883“, Statistische Monatsschrift, Band XI, Wien 1885, S. 109 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Statistische Nachrichten über die Eisenbahnen der österreich-ungarischen Monarchie, Wien 1899; ferner Berichte der Handels- und Gewerbekammer für das Erzherzogtum unter der Enns . . . über die Verhältnisse des Kammerbezirkes während der Jahre 1872—1874, Wien 1876.

großer Geldflüssigkeit erfreuten und der Zinsfuß auf einem selten zuvor beobachteten Tiefpunkt angelangt war, konnte man auf der anderen Seite einen akuten Mangel an risikofreudigem Anlagekapital feststellen. Die österreichische Industrie- und Finanzwelt vermochte sich von dem Trauma der großen Krise nur überaus schwer zu befreien<sup>11</sup>.

Aber trotz den von der Depressionsmentalität ausgehenden investitionsfeindlichen Einflüssen begannen sich allmählich Kräfte zu regen, die zur schließlichen Überwindung der vorherrschenden Apathie führten. Die öffentliche Meinung, alarmiert von einigen großbürgerlichen Blättern und den führenden Exponenten des Regimes, beschäftigte sich immer eindringlicher mit dem ständig wachsenden Abstand zwischen Österreich und dem Ausland. Mehrfach wurde der Ruf laut, daß sich die Großbanken initiativ an der Gründung industrieller Unternehmungen beteiligen müßten. Aber auch in führenden Bankkreisen begann man sich immer eingehender mit Problemen der Industriefinanzierung zu befassen. Dafür waren hauptsächlich zwei Momente maßgebend: erstens, die immer geringere Ergiebigkeit des staatlichen Anleihegeschäftes, die durch den Zustand der Geldflüssigkeit und durch die Festigung des österreichischen Staatskredits bedingt war<sup>12</sup>; und zweitens, die sich immer schärfer gestaltende Konkurrenz um das kurzfristige Kreditgeschäft, die es den verschiedenen Bankleitungen nahelegte, eine festere Bindung an die einzelnen Industriefirmen anzustreben<sup>13</sup>.

<sup>11</sup> Ein Symptom der großen Geldflüssigkeit der achtziger Jahre war das ständige Ansteigen der Kurse der staatlichen, municipalen und sonstigen Rentenpapiere, die im vergangenen Jahrzehnt auf einem überaus niedrigen Stand verharret hatten. Die Kurse der industriellen Anlagewerte blieben hingegen während dieser Zeit, wenn man von einer kurzlebigen und ziemlich schwächlichen Aufschwungsphase zu Beginn der achtziger Jahre absieht, auf einem auffallend tiefen Niveau. Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, daß Stagnationstheorien, wie sie Alvin Hansen in den Vereinigten Staaten während der dreißiger Jahre vertreten hat, große Popularität erlangten. Laveley, Leroy-Beaulieu u. a. beklagten wiederholt den Mangel an profitablen Investitionsmöglichkeiten.

<sup>12</sup> In einem Rückblick auf jene Zeit schrieb eine angesehenere österreichische Wochenschrift: „Dieselbe Zeit bedeutet aber auch einen Wendepunkt in der Geschichte unseres Bankwesens. Angeregt durch den neuen Kurs der Staatsverwaltung, vermutlich auch unmittelbar durch einzelne der Herren Minister beeinflusst, zeigten die Banken auf einmal ein reges Interesse für das industrielle Gründungswesen. Ein wahrer Wetteifer entbrannte selbst zwischen den vornehmsten Bankinstituten, sich auf dem Gebiete des Gründungswesens zu betätigen. Freilich tat man dies nicht nur um der schönen Augen des damaligen Ministers willen. Das Emissionsgeschäft war ins Stocken geraten und die Staatsgeschäfte, die in früheren Zeiten den Banken gewaltige Gewinne erzielen halfen, hatten ihre Ergiebigkeit nach gerade so sehr eingebüßt, daß man sie gewissermaßen nur mehr der Ehre halber übernahm.“ Volkswirtschaftliche Wochenschrift von Alexander Dorn, Wien, 14. November 1901, S. 315.

<sup>13</sup> Einflüsse dieser Art gingen, wie Jeidels, Riesser u. a. gezeigt haben, von Deutschland aus, wo sich eine derartige Entwicklung schon um die Mitte der achtziger Jahre angebahnt hatte.



Die führenden Finanzleute der Donaumonarchie, denen so die schwierige Aufgabe der Entwicklung der Produktivkräfte eines großen Reiches zufiel, waren die geistigen Geschöpfe des 19. Jahrhunderts. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, huldigten sie einer Philosophie und Wirtschaftsdoktrin, die hauptsächlich von den Propheten des Liberalismus, Smith, Mill und Bentham inspiriert worden waren. Der Überzeugung dieser Männer zufolge konnten weder Staat noch Bankwesen die schöpferische Rolle des Individuums ersetzen; ihre Aufgabe mußte sich vielmehr darauf beschränken, die finanziellen und institutionellen Bedingungen dafür zu schaffen, daß der in Österreich so arg verkümmerte Unternehmergeist sich endlich frei entfalten könne. Ähnlich wie einst List den Schutzzoll propagiert hatte, um den Freihandel in der Zukunft auf eine um so festere Basis zu stellen, wollten die österreichischen Bankgewaltigen finanzielle Vorspann-Funktionen übernehmen, die zu einem späteren Zeitpunkt einem „leistungsfähigen Kapitalmarkt“ überlassen werden sollten. Aber ebenso wie der von List in einer fernen Zukunft angestrebte Freihandel erwies sich auch der leistungsfähige Kapitalmarkt in der dem ersten Weltkrieg vorangehenden Periode als eine unrealisierbare Chimäre.

Im Jahre 1895, nach einer kaum zwei Jahre währenden Hausse-Periode, kam es zu einem heftigen Kurssturz an der Wiener Börse, der das Gedächtnis der Bevölkerung an die fatalen Vorkommnisse des Börsenkrachs von 1873 erneuerte. Der niemals übermäßig reichliche Geld-Zustrom zum österreichischen Kapitalmarkt versiegte nun fast völlig. Aber während das österreichische Privatkapital den Geschmack an industriellen Anlagepapieren auf lange Zeit verloren hatte, vollzog sich bei den Spitzenfunktionären und Großaktionären der Banken eine Geschmacksänderung in umgekehrter Richtung. Immer mehr begann man die Lichtseiten des dauernden Besitzes von Aktien und anderen industriellen Beteiligungen zu erkennen. Mit den Segnungen der „Gründergewinne“ hatte man sich schon während der ersten Gründerperiode (1867 bis 1873) anzufreunden verstanden. Aber in der in den neunziger Jahren anhebenden Aufschwungsperiode begann man auch, das Effektenportefeuille als eine Quelle beträchtlicher — und was noch mehr zählte — dauernder Zinsenerträge zu schätzen. Die enge Beziehung zu den Industrieunternehmungen, die der Basis fester Kapitalbeteiligungen entsprang, wirkte sich ferner in einer Erhöhung der Umsätze auf dem Kontokorrent-Konto der Banken aus und trug somit zu einer Erhöhung ihrer Erträge bei. Aber abgesehen von diesen „handgreiflichen“ Vorteilen, die aus dem — man möchte fast sagen — verwandtschaftlichen Verhältnisse zwischen Industrie und Finanzwelt erflossen, stellten sich bald auch viele „indirekte“ (das heißt quantitativ nur schwer abschätzbare) Vorteile ein. Es begann die in



der Literatur so oft beschriebene Phase der engen personellen Verflechtung zwischen den Bank- und Industrieunternehmungen, die der Machtfülle einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Personen überaus zuträglich war. Dieser auch in Deutschland und anderwärts beobachtete Prozeß war in Österreich durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet: erstens, die neue Phase der Bankpolitik fiel in die Entstehungszeit der österreichischen Großindustrie, und diese stand daher sozusagen von ihrer zartesten Jugend an unter der Patronanz des Bankkapitals; und zweitens, das Verhältnis von Finanz- zu Industriewelt war, weit mehr als dies in Deutschland der Fall war, durch den Vorrang der Hochfinanz bestimmt.

„Diese Mobilbanken — schrieb ein gründlicher und im übrigen durchaus wohlwollender Kommentator des österreichischen Bankwesens — betreiben mit ihren enormen Kapitalmitteln alle Zweige des laufenden Bank- sowie des Gründungs- und Emissionsgeschäftes. Ohne für ihre Gebarung örtliche Grenzen zu kennen, begründen sie ihren Einfluß in allen Produktionszweigen. Ohne ihre Zustimmung und Mitwirkung kann fast keine, irgendwelche größere Geld- und Kapitalbewegung bedingende Transaktion durchgeführt werden. Sie bestimmen schon fast die Grenzen für die Tätigkeit des freien Kapitalmarktes, dessen Zentralorganisation die Wiener Börse bildet. Ihre Geld-, Kredit- und Anlagepolitik ist für das Gedeihen von tausenden volkswirtschaftlichen Unternehmungen und von ganzen Unternehmungszweigen maßgebend. Ihre Gebarung bildet daher den Gegenstand der gespannten Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit. Alle Angriffe gegen das Bankwesen und gegen die wirtschaftliche Übermacht desselben sind gegen sie gerichtet. Sie sind die modernen Banken kat exochen . . .“

„Im Laufe der geschäftlichen Verbindungen zwischen Mobilbanken und industriellen Unternehmungen ergeben sich sonach reichlich Gelegenheiten, bei welchen die Banken, welche ohnehin als über große Kapitalien verfügende Geldgeber eine wirtschaftlich starke Position besitzen, den bei ihnen mit Kredit belasteten Unternehmungen ganz besondere, eventuell auch über den Wert der geleisteten Dienste hinausgehende geschäftliche und finanzielle Opfer aufzuerlegen in der Lage sind. Die Möglichkeit der Ausnützung solcher Gelegenheiten ist natürlich gegenüber sehr gut fundierten Industrieunternehmungen weniger vorhanden und jedenfalls ungefährlich. Gibt es doch auch Fälle, wo Industrieunternehmungen oder Industriezweige in wirtschaftlicher Macht ihren Bankverbindungen keinesfalls nachstehen. Bei den nicht für jede Eventualität gesicherten Unternehmungen — und zu diesen gehören nicht nur die schwachen oder geschwächten, sondern auch zahlreiche vollkommen gesunde Unternehmungen — ist dies aber

anders. Hier wird das Verhältnis des Unternehmens zu seiner Bankverbindung auch bei sonst normaler geschäftlicher Lage von selbst zu einem *Machtverhältnisse*, in welchem die Macht in ausgesprochenster Weise auf seiten der Bank liegt. Darin besteht meines Erachtens der eigentliche Kern der Frage über das Verhältnis der Mobilbanken zur Industrie<sup>14</sup>.“

Die Jahre 1895 bis 1914 können als eine zweite Gründerzeit in der Geschichte Österreichs bezeichnet werden. In den ersten Jahren war noch keine Systematik in der regen Gründungstätigkeit der Banken wahrnehmbar. Jedes Bankinstitut versuchte, sich eine industrielle Macht- und Einflußsphäre zu erobern, indem es auf den verschiedensten Gebieten neue Unternehmungen ins Leben rief oder bereits bestehende Privatfirmen in Aktiengesellschaften umwandelte. Aber schon nach relativ kurzer Zeit setzten sich bestimmte strategische Prinzipien in der Industriepolitik der Großbanken durch. Die einzelnen Institute identifizierten sich immer häufiger mit bestimmten Industriezweigen, so die Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft mit der böhmischen Montanindustrie, die Länderbank mit der ungarischen Schwerindustrie, die Bodencredit-Anstalt mit der österreichischen Maschinenindustrie, die Creditanstalt mit der Zucker-, Spiritus- und Textilindustrie usw.<sup>15</sup>. Innerhalb der einzelnen Industriezweige wurde sehr bald die „ordnende“ Hand des betreffenden Patronanz-Institutes sichtbar. Um die „Exzesse“ der Konkurrenz zu beseitigen, wie es so oft in der Wirtschaftspresse jener Zeit hieß, wurden unter der Führung der Banken Kartelle in den verschiedensten Industriezweigen gebildet. Manchmal übernahm die Bank die Organisation eines Kartellbüros und bekundete damit auch nach außen ihr überaus starkes Interesse an der „Befriedigung“ der Verhältnisse in dem ihrer Einflußsphäre angegliederten Industriezweige<sup>16</sup>. In einer Studie aus dem Jahre 1910

---

<sup>14</sup> Eugen Lopuszanski, „Einige Streiflichter auf das österreichische Bankwesen“, Volkswirtschaftliche Wochenschrift von Alexander Dorn, 31. Dezember 1908, Nr. 1305. Es mag interessant sein, hier festzuhalten, daß Dr. Eugen Lopuszanski kein radikaler Pamphletist war, sondern eine hohe öffentliche Funktion bekleidete. Zur Zeit der Abfassung seiner hier zitierten Ausführungen war er Ministerialsekretär im österreichischen K. K. Finanzministerium.

<sup>15</sup> Vgl. Compass, Finanzielles Jahrbuch für Österreich-Ungarn, Jahrgänge 1895—1914.

<sup>16</sup> Eine ähnliche Entwicklung stellte Liefmann auch für das wilhelminische Deutschland fest: „Es ist auch richtig, daß die Banken an den umfassendsten modernen Organisationen, an den Kartellen, ein Interesse haben. Aber dieses Interesse der Banken ist auf den Bestand und möglichste Stabilität des Kartells gerichtet. Und es ist nicht deswegen vorhanden, weil eine Bank an dem einen oder anderen kartellierten Unternehmen finanziell interessiert ist, sondern weil sie überhaupt an der Herbeiführung einer größeren Ruhe und Stetigkeit im Wirtschaftsleben und der damit geschaffenen größeren Sicherheit aller Kreditverhältnisse ein Interesse haben.“ Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften, Jena 1909, S. 273.



wurde die Existenz von mindestens 120 Kartellen in diesem Zeitpunkt festgestellt. Die Gründung von fast vier Fünftel dieser Gebilde fiel in die verhältnismäßig kurze Zeitspanne von 1904 bis 1909<sup>17</sup>.

Die „Befriedungsaktion“ der Großbanken beschränkte sich nicht bloß auf die Industrie, sondern führte auch zu wiederholten Abkommen der Banken untereinander<sup>18</sup>. Auch bei den immer häufiger auftretenden Fusionen großindustrieller Unternehmungen, insbesondere auf dem Gebiete der Schwerindustrie, der Maschinenindustrie und der Elektroindustrie, kam es zu Zusammenschlüssen der Banken in der Form von Konsortien. Auf diese Weise wuchs der Grad der industriellen Konzentration und es entstanden gleichzeitig auf weiten Gebieten der Volkswirtschaft enge Interessengemeinschaften zwischen den Banken. Diese Entwicklung fand mit der Gründung der österreichischen Kontrollbank im Jahre 1914 einen auch nach außen sichtbaren Ausdruck. Die österreichischen Großbanken schufen damit eine zentrale Überwachungsstelle für die Kartelle, deren Tätigkeit sich im wesentlichen auf die Führung von Syndikaten, Zentralverkaufsbüros und Kontrollbüros erstreckte; ferner auf die Überwachung der Vereinbarungen der Kartelle und auf die Vermittlung von Handelsgeschäften zwischen Erzeugern und Händlern. In manchen Fällen war die Kontrollbank die einzige Verkaufsstelle oder das Verkaufsbüro der kartellierten Firmen; in anderen Fällen verrechnete sie die Aufträge und Verkäufe der Kartellmitglieder und überwachte die Aufteilung des Absatzes<sup>19</sup>. Die engen Beziehungen zwischen den einzelnen Großbanken und deren dominierender Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben der Monarchie kam so in der Gründung der Kontrollbank sinnfällig zum Ausdruck.

Man mag einwenden, daß die oben beschriebene Entwicklung in größerem oder geringerem Maße in allen modernen Industrieländern zu dieser Zeit im Gange war und daß sie deshalb keineswegs für Österreich allein als charakteristisch angesehen werden kann. Aber es gibt Anzeichen dafür, daß die Großbanken in keinem anderen Lande eine für das Wirtschaftsleben so bestimmende Rolle spielten wie in der österreichischen Monarchie. Mit Recht meinte der oben zitierte Lopuszanski: „Wenn im Vorstehenden von einem Steigen der Macht der großen Mobilbanken gegenüber der Industrie die Rede war, so ist hiermit die Frage nach der wirtschaftlichen Macht der Banken noch nicht erschöpft. Die großen Mobilbanken

<sup>17</sup> Allmayer-Beck, Materialien zum österreichischen Kartellwesen, Hof- und Staatsdruckerei, Wien 1910, S. 4.

<sup>18</sup> Vgl. Lopuszanski, a.a.O., S. 439.

<sup>19</sup> Thomas Kozlik, Die Struktur der österreichischen Wirtschaft, unveröffentlichte Arbeit im Archiv der Arbeiterkammer, Wien 1950, S. 63—64.



bilden heute einen nach allen Richtungen bedeutenden Machtfaktor im Staate<sup>20</sup>.“

Die Ära, in welcher die Großbanken ihre Vormachtstellung in der österreichischen Wirtschaft begründeten, führte jedoch zu keiner Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Ohne uns an dieser Stelle an einer Analyse der mannigfaltigen Einflüsse versuchen zu wollen, die dem Wirtschaftsgeschehen der letzten Jahrzehnte des Kaiserreiches zugrundelagen, müssen wir feststellen, daß die Jahre 1895 bis 1914 (neben dem 6. Jahrzehnt und der Gründerära 1867 bis 1873) zu den wirtschaftlich erfolgreichsten in der Geschichte Österreichs gehörten<sup>21</sup>.

Der Zusammenbruch der Monarchie im Jahre 1918 führte zu weitgehenden Strukturwandlungen in der österreichischen Wirtschaft; auch im Gefüge der österreichischen Großbanken bahnten sich bedeutsame Veränderungen an. Der wichtigste industrielle Standort des Kaiserreiches befand sich im böhmischen Kronland; aber auch in Niederösterreich, Mähren, Ungarn und in den italienischen Randgebieten gab es bedeutsame industrielle Konzentrationspunkte. Das Ausmaß der Beteiligung der österreichischen Großbanken an den Industrien der neu entstandenen Sukzessionsstaaten wird aus den Besitzverhältnissen des führenden österreichischen Finanzinstituts, der Creditanstalt, klar. Die Interessen der Anstalt an dem Anlagevermögen der Textilindustrie in den Nationalstaaten beliefen sich, wie uns eine Veröffentlichung aus jüngster Zeit belehrt, auf rund eine Milliarde Gold-

<sup>20</sup> Lopuszanski, a.a.O., S. 439. Es ist in diesem Zusammenhang interessant festzustellen, daß Liefmann in Abrede stellt, die deutschen Großbanken hätten Herrschaftsbestrebungen gegenüber der deutschen Industrie verfolgt: „Trotz alledem tritt aber nirgends ein Streben der großen Banken zu Tage, ganze Industriezweige dauernd zu beherrschen und zu diesem Zwecke sich Kontrollgesellschaften anzugliedern. Es wäre dies auch nur denkbar, wenn sich die Banken auf bestimmte Industrien spezialisieren würden. Aber davon ist keine Rede, sie machen sich vielmehr auf den meisten Finanzierungsgebieten scharfe Konkurrenz. Wenn aber irgendwo eine Bank versuchen wollte, einen ganzen Unternehmungszeit kapitalistisch zu beherrschen, würde unsere Großindustrie wohl stark genug sein, dem entgegenzutreten.“ Liefmann, a.a.O., S. 273. Ähnlich auch Riesser, der der Ansicht ist, daß bei den deutschen Großbanken kein Drang nach Spezialisierung zu beobachten sei. Vgl. Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration, Jena 1912, S. 528.

<sup>21</sup> Die stärksten wirtschaftlichen Impulse dürften in dieser Zeit von dem Aufbau neuer Industrien (wie von der Elektroindustrie und der von dieser herrührenden Elektrifizierung des Wirtschaftslebens), von der überaus lebhaften Bautätigkeit in den Städten, von den Investitionen im Eisenbahnwesen und von der Rüstungskonjunktur ausgegangen sein. Diese Strömungen erwiesen sich offenbar als stark genug, um die von den Kartellen herrührenden restriktiven Wirkungen wettzumachen. Im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre der Monarchie, betrug die Erzeugung von Steinkohle rund 16<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Millionen Tonnen, von Braunkohle 27<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Tonnen und von Roheisen 1 750 000 Tonnen. Vgl. Österreich. Statistisches Handbuch für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, herausgegeben von der K. K. Statistischen Zentralkommission, Jahrgang 1908—1913.

kronen, der Petroleumindustrie auf 800 Millionen Goldkronen, der Montanindustrie auf 400 Millionen Goldkronen und der Maschinenindustrie auf 300 Millionen Goldkronen. (Ein Jahrhundert Creditanstalt-Bankverein, Wien 1955.) Die Größe dieser Beteiligung mag man an dem Umstande erkennen, daß die acht größten, außerhalb des österreichischen Kernlandes gelegenen Maschinenfabriken im Jahre 1914 ein Aktienkapital von rund 100 Millionen Goldkronen besaßen<sup>22</sup>.

Der Abfall der Sukzessionsstaaten vom österreichischen Kernland leitete einen langjährigen Liquidierungsprozeß der industriellen Interessen der österreichischen Banken im Auslande ein, der sich hauptsächlich in der Form von Verkäufen (mitunter unfreiwilliger Natur), finanziellen Verlusten und Nationalisierungsmaßnahmen von seiten der neuen Regierungen manifestierte. Dieser Prozeß erstreckte sich über mehr als zwei Jahrzehnte, aber drei Phasen waren durch ein besonders rasches Tempo der Liquidierung ausgezeichnet: die unmittelbare Nachkriegszeit, die große Krise der dreißiger Jahre und der zweite Weltkrieg. Diese gewaltigen Stöße von außen führten jedoch nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, zu einer Rückbildung der Konzentration im österreichischen Bankwesen; denn Hand in Hand mit dem Liquidierungsprozeß im Auslande ging infolge der langjährigen Wirtschaftskrise ein Schrumpfungsprozeß im inländischen Bankwesen vor sich, der erst um die Mitte der dreißiger Jahre zum Abschluß kam. Zu dieser Zeit waren von dem gewaltigen Kreditapparat der Monarchie nur noch drei Großbanken übrig geblieben: die Creditanstalt-Bankverein, die Länderbank und das Hypothekar- und Creditinstitut. Das Ausmaß des Konzentrationsprozesses wird vielleicht am besten durch den Umstand charakterisiert, daß sich hinter dem synthetischen Namen Creditanstalt-Bankverein nicht weniger als sieben einstige Großbanken verbergen: Creditanstalt, Bankverein, Bodencredit-Anstalt, Anglo-Österreichische Bank, Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft, Union Bank und Verkehrsbank.

Die wenigen am Leben verbliebenen Großbanken hatten wohl infolge der teilweisen Liquidierung ihrer ausländischen Interessen eine gewaltige Machteinbuße zu beklagen, sie konnten sich aber durch die Absorption der industriellen Beteiligungen ihrer auf der Strecke liegenden Konkurrenten für ihre ausländischen Verluste teilweise schadlos halten. Dazu kam, daß die Wirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre ein stark akzentuiertes „Anlehnungsbedürfnis“ der in-

---

<sup>22</sup> Im Compass für das Jahr 1916, der statistische Angaben bis einschließlich 1914 enthält, werden als die acht größten außerhalb des österreichischen Kernlandes gelegenen Maschinenfabriken (mit einem Aktienkapital von mindestens 5 Millionen Goldkronen) die folgenden Gesellschaften angeführt: Skoda A. G., Stabilimento Technico Triestino, Roth A. G., Zieleniewski, Ringhoffer, Moravia, Laurin & Klement, Schiffswerfte San Rocco.



dustriellen Unternehmungen des Inlandes an die Großbanken mit sich brachte. Am Ende des Jahres 1937, des letzten Friedensjahres der ersten Republik, war die Creditanstalt-Bankverein durch starken Aktienbesitz oder bedeutende Darlehen an fünf österreichische Banken (mit einem Aktienkapital von 6.2 Millionen Schilling) und an 82 österreichischen Aktiengesellschaften (mit einem Aktienkapital von 485 Millionen Schilling) beteiligt; außerdem besaß sie Interessen an drei ausländischen Banken, elf ausländischen Aktiengesellschaften, zwei österreichischen Versicherungsunternehmen und zwei österreichischen Verkehrsunternehmen<sup>23</sup>. Wesentlich bescheidener, wenn auch nicht unbedeutend, war die wirtschaftliche Einflußsphäre der beiden anderen Großbanken.

Zieht man das Fazit aus dieser Entwicklung, so muß man feststellen, daß die in den letzten Jahrzehnten der Monarchie deutlich wahrnehmbaren Konzentrationstendenzen sich während der beiden Jahrzehnte der ersten Republik noch bedeutend verstärkten. Dies gilt für die industrielle Sphäre nicht minder wie für die finanzielle Sphäre. Es erübrigt sich fast zu sagen, daß die durch Inflation und Wirtschaftskrise arg in Mitleidenschaft gezogenen Mittelschichten während der Zwischenkriegszeit noch weniger in der Lage waren, den Aufbau eines leistungsfähigen Kapitalmarktes zu ermöglichen, als dies vor dem ersten Weltkrieg der Fall gewesen war. Die große Industriebank, die jegliche Art von Kreditgeschäft pflegt und im hypertrophen Effekten-Portefeuille sowie im stark entwickelten Kontokorrent-Geschäft ihr hauptsächliches Merkmal besitzt, war für das Bankwesen der ersten Republik ebenso charakteristisch wie für das der Monarchie. Auch in den Besitzverhältnissen traten in der Ära der ersten Republik keine qualitativen Veränderungen ein. Der österreichische Staat hatte wohl im Zusammenhang mit der Creditanstalt-Sanierung, die auf den Bankkrach des Jahres 1931 folgte, einen bedeutenden Besitzanteil an diesem Institut erworben, und viele kleinere Aktionäre waren durch die Not der Zeit dazu gezwungen worden, ihre Eigentumsrechte zu versilbern, aber all dies bewirkte bloß eine ähnliche Konzentration in der Sphäre des Privatesitzes wie in den Sphären der Produktion und des Kreditwesens. An die Stelle vieler kleiner Vermögen trat immer mehr das Vermögen einiger in- und ausländischer Kapitalisten sowie des österreichischen Staates, dessen Wirtschaftsphilosophie sich jedoch kaum von der eines gewöhnlichen Großaktionärs unterschied<sup>24</sup>.

<sup>23</sup> Vgl. Thomas Kozlik, a.a.O., S. 61.

<sup>24</sup> Die Wirtschaftsphilosophie des österreichischen Staates in der Ära 1934—1938, in welcher eine Diktatur nach dem Vorbild des faschistischen Italien errichtet wurde, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Einen gewissen Einblick in die damaligen Geistesströmungen gibt das große Werk von Charles Gulick, *Austria from Habsburg to Hitler*, University of California Press, Berkeley 1948.



Die wirtschaftliche Notzeit, die dem zweiten Weltkrieg folgte, und die Notwendigkeit der Liquidierung des nationalsozialistischen Erbes gaben den Anstoß zu radikalen Änderungen in den Besitzverhältnissen. Durch die Verstaatlichungsgesetze der Jahre 1946 und 1947 wurden nicht nur die Grundstoffindustrie, die Schwerindustrie und die Energiewirtschaft, sondern auch die drei Wiener Großbanken in den Besitz des Staates überführt. Auf diese Weise kam ein beträchtlicher Teil der österreichischen Industrie sowohl direkt als auch über den Umweg der den Großbanken zugehörigen industriellen Besitzanteile, die nun nicht mehr der privaten Sphäre zugerechnet werden konnten, unter die Kontrolle des Staates. O. Ettl hat uns in einigen Arbeiten, die in den Jahren 1953 und 1954 in „Arbeit und Wirtschaft“ (einer Publikation der Arbeiterkammer Wien) erschienen sind, einige wichtige Anhaltspunkte über die Besitzveränderungen in der österreichischen Industrie gegeben<sup>25</sup>. Die Erhebungen Ettls stammen noch aus der Zeit vor der Schillingseröffnungsbilanz und vermitteln uns daher nur ein beiläufiges Bild von den tatsächlichen Eigentumsverhältnissen<sup>26</sup>. Aber da es uns nicht um eine präzise quantitative Analyse der heutigen Eigentumsverhältnisse, sondern hauptsächlich um die Absteckung der Macht- und Einflußsphären der Großbanken zu tun ist, sind die von Ettl ermittelten Daten für unsere Zwecke völlig hinreichend. Nach Ettl verteilen sich 484 österreichische Aktiengesellschaften (d. s. rund 99 Prozent der bestehenden Aktiengesellschaften) auf die folgenden Eigentumskategorien<sup>27</sup>:

	Prozent
Gesamte öffentliche Hand .....	57,8
Banken .....	10,5
Öffentliche Verwaltung .....	6,2
Ausland .....	9,8
USIA .....	5,4
Inländisches Privateigentum .....	9,6
Unbekannt .....	0,7
Insgesamt .....	100,0

Reiht man den Komplex der USIA-Betriebe<sup>28</sup> unter den der öffentlichen Verwaltung unterstehenden Unternehmungen ein, so wächst der

<sup>25</sup> O. Ettl, „Das Eigentum an den österreichischen Aktiengesellschaften“, Arbeit und Wirtschaft, September 1953; „Der Bankeinfluß in den Aktiengesellschaften“, Arbeit und Wirtschaft, Dezember 1953; „Managerielle Konzentration“, Arbeit und Wirtschaft, Jänner 1954.

<sup>26</sup> Die „Schillingseröffnungsbilanz“, an deren Erstellung die österreichischen Aktiengesellschaften im gegenwärtigen Zeitpunkt arbeiten, sieht im wesentlichen die Neubewertung der Anlagevermögen vor, um eine Übereinstimmung der Bilanzwerte mit den tatsächlichen Werten zu gewährleisten.

<sup>27</sup> O. Ettl, „Das Eigentum an den österreichischen Aktiengesellschaften“, Arbeit und Wirtschaft, September 1953, S. 5.

<sup>28</sup> Der Komplex der USIA Betriebe wurde von der russischen Besatzungsmacht bis zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Staatsvertrages (15. Mai 1955) unter

Anteil dieser Eigentumskategorie auf 11,6 Prozent an. Man dürfte jedoch mit der Annahme kaum fehlgehen, daß die schließliche Lösung der vielen noch ungeklärten Eigentumsverhältnisse auf eine beachtliche Stärkung des in- und ausländischen *p r i v a t e n* Sektors hinauslaufen dürfte. Wir wollen daher in Antizipierung einer solchen Entwicklung die obige Tabelle in der folgenden Weise umformen:

	Prozent
Gesamte öffentliche Hand .....	60,0
Banken .....	12,0
In- und ausländischer Privatbesitz .....	28,0
Insgesamt .....	100,0

Wie man sieht, bleibt der Anteil der öffentlichen Hand an den großen Kapitalgesellschaften auch dann überragend, wenn man die meisten heute der öffentlichen Verwaltung unterstehenden Unternehmungen der privaten Sphäre zurechnet. Zählt man den Besitzanteil der verstaatlichten Banken zu dem der öffentlichen Hand, so kommt man zum Schluß, daß fast drei Viertel der großen industriellen Unternehmungen, sowie der Versicherungs- und Verkehrsgesellschaften, in der einen oder anderen Form vom österreichischen Staat kontrolliert werden<sup>29</sup>. Man darf natürlich nicht den Fehler begehen, die großen Kapitalgesellschaften mit der österreichischen Wirtschaft schlechthin zu identifizieren. Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und selbst ein gewisser (wenn auch verhältnismäßig unbeträchtlicher) Teil der industriellen Produktion werden nicht in der Form der Aktiengesellschaft betrieben. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß — wie Ettl hervorhebt — „sich der entscheidende Teil der industriellen Produktionskraft in den österreichischen Aktiengesellschaften konzentriert“<sup>30</sup>.

Es wäre aber nur aus formalen Gründen angebracht, die Besitzsphäre der verstaatlichten Banken mit der der öffentlichen Hand zusammenzulegen. Die faktische Lage ist die, daß die unter der Patronanz des Finanzministeriums stehenden Großbanken eine Wirtschaftspolitik

---

Berufung auf die Beschlüsse von Potsdam hinsichtlich des deutschen Eigentums verwaltet. Nach dem Abzug der Besatzungsmächte wurden die USIA Betriebe der öffentlichen Verwaltung unterstellt, wo sie bis zur Klärung der — in manchen Fällen äußerst komplizierten — Eigentumsverhältnisse verbleiben.

<sup>29</sup> Diese Annahme ist erst kürzlich von dem führenden Mitglied der österreichischen Regierung, Bundeskanzler Julius Raab, in einer öffentlichen Anrede bestätigt worden: „In den Händen der verstaatlichten Großbanken befinden sich Aktienpakete, die die Majorität — mitunter eine hochqualifizierte Majorität — von zahlreichen erstklassigen österreichischen Aktiengesellschaften repräsentieren. Wenn man den direkten und diesen indirekten staatlichen Besitz zusammenrechnet, ergibt sich wohl ein staatlicher Anteil von 70 bis 80 Prozent der gesamten österreichischen Aktiengesellschaften.“ Vgl. Österreichische Neue Tageszeitung, 20. April 1956.

<sup>30</sup> O. E t t l, a.a.O., S. 7.

verfolgen, die den Grundsätzen privatwirtschaftlicher Orthodoxie entspricht, während sich auf dem Sektor der verstaatlichten Industrie *Ansätze* zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept erkennen lassen<sup>31</sup>. Geht man von realpolitischen (und nicht formaljuristischen) Erwägungen aus, wird man den industriellen Besitz der Großbanken zur Gänze zum privaten Sektor hinzurechnen müssen. Auf diese Weise erhöht sich der Anteil der Privatwirtschaft an der Großindustrie auf etwa 40 Prozent. In Wahrheit dürfte der Anteil der Privatwirtschaft noch etwas höher sein, da, wie bereits erwähnt, ein zahlenmäßig nicht erfassbarer Teil der Industrie in der Form der Kommanditgesellschaft oder Handelsgesellschaft betrieben wird.

Aber wie auch immer die genaue Grenze zwischen den öffentlichen und privaten Besitzsphären verlaufen mag, es ist unbestreitbar, daß die großen Banken in der Ära der zweiten Republik eine beträchtliche Einbuße an ihrem Besitz- und Einflußbereich zu beklagen haben. In wichtigen Gebieten der österreichischen Volkswirtschaft, wie im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Energiewirtschaft usw., haben die Banken ihre einstigen Besitzanteile verloren. Ihr Einfluß ist freilich auch in der verstaatlichten Industrie nicht ganz bedeutungslos, da Direktoren und andere leitende Bankbeamte Verwaltungsfunktionen in einigen bedeutenden Unternehmen der öffentlichen Hand bekleiden. Aber die Machteinbuße, die aus der Verstaatlichungsaktion resultierte, konnte zum Teil durch eine stärkere Durchdringung des verbliebenen privaten Sektors wettgemacht werden. Den Berechnungen Ettls zufolge war der Anteil der Banken im Jahre 1952 an der Bauindustrie 45 Prozent, an der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie 36½ Prozent, an der chemischen Industrie 31 Prozent, an der Metall- und Maschinenindustrie 30 Prozent, an der Glas- und Porzellanindustrie 22½ Prozent, an der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 20 Prozent usw.<sup>32</sup>.

Der Einfluß der Großbanken auf den privaten Sektor dürfte jedoch weit größer sein, als man auf Grund dieser Ziffern vermuten würde. Ettl untersucht in den oben erwähnten Arbeiten die personellen Verflechtungen zwischen den Banken und den industriellen Unternehmungen. Bei bloßer Berücksichtigung der personellen Verflechtungen ersten Grades — die dann gegeben sind, wenn Direktoren und andere leitende Bankangestellte in den Gesellschaftsorganen der Unter-

---

<sup>31</sup> Diese Zweigleisigkeit in der Verwaltung der Unternehmen der öffentlichen Hand hängt mit der Aufteilung der Ressorts innerhalb der konservativ-sozialistischen Koalition zusammen, welche die Geschicke Österreichs seit dem Jahre 1945 gelenkt hat. Während das Finanzministerium bisher einem Konservativen anvertraut war, unterstanden die verstaatlichten Betriebe und Verkehrsunternehmungen einem Sozialisten.

<sup>32</sup> O. E t t l , a.a.O., S. 8.



nehmungen vertreten sind — kommt er zum Ergebnis, daß bei mindestens 23 Prozent der Aktiengesellschaften den Großbanken ein auf die Geschäftspolitik dieser Unternehmungen entscheidender Einfluß zufällt. In einzelnen Industriezweigen muß die auf diese Weise entstandene Einflußsphäre der Großbanken geradezu als erdrückend bezeichnet werden. So liegen enge personelle Verflechtungen zwischen Banken und Industrieunternehmungen in 75<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Prozent der Unternehmen der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie vor, in 65 Prozent der Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie, in 77 Prozent der Unternehmen der Bauindustrie, in 64 Prozent der Unternehmen der Holzindustrie, in 50 Prozent der Unternehmen der Metall- und Maschinenindustrie usw.<sup>33</sup>.

Man kann so heute von einer grundlegenden Dichotomie in der österreichischen Wirtschaft sprechen. In der Landwirtschaft, im Handel und im Gewerbe ist die Vorherrschaft des Privatkapitals unbestritten. In der Industrie<sup>34</sup> hingegen, die für den größeren Teil des National Einkommens verantwortlich ist, könnte schon heute von einem Übergewicht der öffentlichen Hand gesprochen werden, falls sich die drei (ironischerweise verstaatlichten) Großbanken nicht schützend vor den — an und für sich nicht mehr übermäßig starken — privatwirtschaftlichen Sektor stellen würden. Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, daß sich in den letzten Jahren ein unverkennbarer Gegensatz in der österreichischen Industriepolitik herausgebildet hat. Auf dem öffentlichen Sektor kommen immer mehr beschäftigungs- und einkommenspolitische Prinzipien zur Geltung; auf dem privatwirtschaftlichen Sektor bleibt dagegen — unter dem Einfluß einer in orthodoxen Grundsätzen befangenen Gruppe von Managern — ein enger Kosten- und Rentabilitätsstandpunkt maßgebend. „Das Fehlen einer Lenkung im bankkontrollierten Sektor — meint Ettl — bedeutet aber nicht das Vorhandensein eines gesunden Wettbewerbes oder eines Wettbewerbs überhaupt. Das österreichische Wirtschaftssystem ist ja unter anderem durch ein außerordentlich starkes wettbewerbsfeindliches Klima gekennzeichnet, das durch die monopolistische Stellung vieler Betriebe und durch die kartellistische Praxis des überwiegenden Teiles der Geschäftswelt bestimmt ist. Dieser Wettbewerbsmangel wird noch dadurch verstärkt, daß die Banken bewußt zwischen den unter ihre Kontrolle fallenden Betrieben jeden Wettbewerb unterbinden“<sup>35</sup>.

Diese Dichotomie in der österreichischen Industriepolitik von heute ist nur ein Ausdruck einer äußerst labilen politischen Konstellation.

<sup>33</sup> O. E t t l, „Der Bankeneinfluß in den Aktiengesellschaften“, Arbeit und Wirtschaft, Dezember 1953, S. 8.

<sup>34</sup> Wir rechnen hier zur Industrie auch die Unternehmen der Verkehrs- und Energiewirtschaft hinzu.

<sup>35</sup> O. E t t l, a.a.O., S. 9.

Eine Änderung der politischen Machtverhältnisse, die in naher Zukunft eintreten kann, müßte den heute herrschenden Gegensatz zwischen der gesamtwirtschaftlichen — von Keynes inspirierten — Konzeption und der privatwirtschaftlich orthodoxen Konzeption zugunsten der einen oder anderen Wirtschaftsphilosophie entscheidend beeinflussen. Der Herrschaft über die verstaatlichten Banken kommt in dieser Situation eine strategische Bedeutung zu<sup>36</sup>.

---

<sup>36</sup> Diese Studie ist wenige Tage vor den für den 13. Mai 1956 anberaumten Parlamentswahlen abgeschlossen worden. Die Wahlen haben bekanntlich der konservativen Volkspartei einen beträchtlichen Stimmenzuwachs gebracht, wodurch sich die politischen Machtverhältnisse fühlbar zugunsten der von dieser Partei vertretenen Bevölkerungsschichten verschoben haben. Als erste Frucht des konservativen Wahlerfolges muß der im vergangenen Sommer durchgeführte organisatorische Neuaufbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors der österreichischen Volkswirtschaft bewertet werden. Für die Geschicke der verstaatlichten Industrie ist seit dem 1. August 1956 eine Dachgesellschaft, die Industrie- und Bergbau-Verwaltungs-Ges. m. b. H., verantwortlich, in welcher Vertreter der Rechten ein unbestreitbares Übergewicht besitzen. Damit ist für die Grundstoffindustrien und für die dem Bereich der Gemeinwirtschaft zugehörigen Betriebe der verarbeitenden Industrie ein den verstaatlichten Großbanken analoger Zustand geschaffen worden: die Leitung aller dieser Unternehmungen liegt in den Händen von Männern, die die etappenweise Reprivatisierung des kollektiven Sektors der österreichischen Volkswirtschaft anstreben. Hinsichtlich der Methode einer solchen schrittweisen Entstaatlichung scheint selbst im konservativen Lager noch keine Einmütigkeit zu herrschen. Im Vordergrund von Erwägungen dieser Art steht die sogenannte „Volksaktie“, die von den österreichischen Konservativen während der Wahlen als die neuzeitliche Methode der „Demokratisierung“ staatlichen Eigentums propagiert worden ist. Aber die Idee der Veräußerung von Staatseigentum in der Form von Anteilsscheinen geringen Nominalwertes ist selbst von „bürgerlichen“ Volkswirtschaftlern mit großer Reserve aufgenommen worden. Es wird von diesen Fachleuten vor allem darauf verwiesen, daß es in Österreich im gegenwärtigen Zeitpunkt an einem aufnahmefähigen Kapitalmarkt mangelt und daß die Herausbildung einer solchen Institution auch für die nahe Zukunft kaum zu erwarten ist. — Der Streit um den künftigen Bestand (oder Nicht-Bestand) des gemeinwirtschaftlichen Sektors — und damit auch um die Zukunft der verstaatlichten Banken — wird jedoch nur in geringem Maße von der Wirksamkeit der einen oder anderen Methode der Reprivatisierung bestimmt werden. In Wahrheit geht es darum, ob die Rechte ein genügend großes politisches Übergewicht besitzt, um die dirigistischen und gemeinwirtschaftlichen Attribute der österreichischen Volkswirtschaft, die der Konstellation der unmittelbaren Nachkriegszeit entsprungen sind, auf das mit den neo-liberalen Grundsätzen vereinbare Mindestmaß zu reduzieren. Die Zukunft wird zeigen, wie weit eine solche Strategie unter den vorherrschenden Machtverhältnissen realisierbar ist.